

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei hiesiger Postämter-Verwaltung frei Haus monatlich RM. 2.20, durch den Postweg RM. 2.80 einschließlich 47.40 RM. Wertsteuer (ohne Befreiungsbefreiung) bei halbjährlichem oder vierteljährlichem Versand. Einzelnummer 15 Pf., außerhalb Sachsens 20 Pf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-V. I., Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Unterpauptmannschafts Dresden und des Schreibsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Bezugspreis in Briefmarken: 12.000 Mark (12 000 Briefmarken). Postgebühr nach Städt. u. Sammlungsstellen u. Zielangelegenheiten 60 Pf. — Halbjährlich nur mit Quittungsbefreiung Dresden Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Bedeutungsvolle Erklärungen zur Kirchenfrage

Reichsminister Kerrl über die weitere Entwicklung

Hannover, 11. Dezember.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der deutschen Presse nahm der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, eingehend Stellung zu kirchenpolitischen Gegenwartsfragen. Reichsminister Kerrl gab dabei Erklärungen von weittragender Bedeutung ab.

Der Minister erklärte in dieser Unterredung u. a.: Eine Trennung von Staat und Kirche in dem Sinne, daß sich der Staat an dem Wohl und Wehe der Kirche desinteressieren oder sie sogar schädigen wolle, ist niemals erklärt worden. Im Gegensatz zum Liberalismus kann der nationalsozialistische Staat jedoch keine 'Staatsfreien Räume' dulden, die der Verführung der Nation dienen.

Wie werden volle Rücksicht auf den überkommenen Zustand nehmen. Ich habe daher nicht angekündigt, daß wir jetzt der Kirche die staatlichen Zuschüsse entziehen wollen, vielmehr wollen wir dafür Sorge tragen, daß sich die privilegierten Konfessionen zu rein religiösen Gemeinschaften entwickeln. Die Form, in der dies geschieht, hängt wesentlich auch vom Verhalten der Konfessionen ab.

Entscheidung über das Bekenntnis

Der gegenwärtige Zustand, daß ein Volksgenosse gezwungen ist, aus einer kirchlichen Gemeinschaft auszutreten, wenn er sich einer anderen anschließen will, ist zunächst ein rein negativer Akt. Ohne freie Willenserklärung wird der einzelne bereits von einer religiösen Gemeinschaft in Anspruch genommen. Der tatsächliche Zustand der Freiheit in der Willensentscheidung ist aber nur dann gegeben, wenn der erwachsene Mensch eine freie positive Entscheidung treffen kann, welcher Gemeinschaft religiöser Art er angehören will. Das heißt, daß jeder Volksgenosse jodann der politischen Gemeinde gegenüber eine entsprechende Erklärung zu geben habe. Dabei spielt es keine Rolle, ob die betreffende religiöse Gemeinschaft, der er sich anschließen will, tatsächlich an seinem Wohnort vertreten ist.

Selbstverständlich soll den Eltern das Recht unbenommen bleiben, ihre Kinder nach ihrer religiösen Anschauung zu erziehen; der erwachsene Mensch jedoch soll sich nicht um eine Entscheidung herumdrücken, er soll sich frei und unangewungen seine religiöse Gemeinschaft wählen dürfen. Dies aber kann nur den Interessen der religiösen Gemeinschaft selbst entsprechen. An die Befreiung der Körperschaftsrechte der Kirchen ist nicht gedacht, zumal der nationalsozialistische Staat keinerlei Interesse an einer umerlösen Sektenscheidung hat.

Die Steuerbefreiung

Unabhängig von den Körperschaftsrechten ist die Steuerbefreiung. Diese bedarf einer Änderung in der Richtung, daß der Staat tatsächlich die Freiheit seiner Bürger wahr und den Kirchen seinen Arm zur Unterstützung der Steuern erst dann ziehen kann, wenn die absolute religiöse Freiheit verwirklicht ist.

Auf die Feststellung, daß namentlich in der Auslandspresse immer wieder die unsinnige Behauptung aufkam, unter Staat beschränke das religiöse Leben, erklärte der Minister, daß noch nie ein Pfarrer an der Ausübung seines Amtes gehindert worden sei und kein einziger Gottesdienst und keine einzige Messe je gestört worden seien. Alle Verhandlungen und Streitigkeiten seien nur wegen Verzögerungen in der Befreiung der Kirche unter der Regierung erfolgt, denen alle Volksgenossen ohne Unterschied zu angehören hätten.

Zu der Frage, ob der Minister zu der am Reformationsfest 1937 von Hannover aus versandten evangelischen Engpassnote noch einmal Stellung nehmen wolle, erklärte

er, daß er dieses Rundschreiben bedauere, da es nur geeignet sei, die Gemüter zu verwirren, anstatt zu einer Klärung der Lage beizutragen. Den Vertretern des kirchlichen Regiments sollte alles an der Liebe gelegen sein und daran, dem inneren Frieden zu dienen. In ungläublichen Auslassungen habe dieses Rundschreiben behauptet, Gott fordere Verantwortung von gewissen Kirchenführern über das Volk. Das Leben des deutschen Volkes, so erklärte der Minister demgegenüber mit allem Nachdruck, sei allein einem Manne anvertraut, der diese höchste Verantwortung vor Gott zu tragen wisse.

Die Kirchenverwaltung

Zur Frage der Kirchenwahlen führte der Minister aus, er habe sie auf Wunsch der Kirchenparteien verschoben müssen, weil zwischen diesen keine Einigung zu erzielen gewesen sei. Ich möchte mich einschließen, heißt der Minister fest, die äußere Ordnung möglichst in die Hände der Kirchenverwaltungen zu legen. Durch meine 17. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche (siehe Seite 2) habe ich mit der Leitung der Kirchen den Leiter der Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche beauftragt. Die Leitung der Landeskirchen habe ich bei den im Amt befindlichen Kirchenregierungen belassen bzw. den im Amt befindlichen Leitern der obersten kirchlichen Verwaltungsbehörde übertragen. Ich werde selbstverständlich dafür sorgen, daß auch den Pfarrern innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche die Möglichkeit gegeben wird, ihrer eigenen religiösen Auffassung folgen zu können.

Der Streik der Pfarrer

Ich werde weiter dafür sorgen, daß der Streik über die Kirchengebäude endlich aufhört und daß auch in der Ausübung der Gottesdienste die so viel böses Blut erregenden Verhinderungen der kirchlichen Gruppen untereinander aufhören. Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß ich nach wie vor gar nicht daran denke, mich in Drama, Kulisse oder Bekenntnis der Kirchen einzumischen, ebensowenig wie Partei und Staat sich in irgendwelchen futurischen Experimenten befassen.

Auf die Frage nach dem Verhältnis der sogenannten Grundbesitzer zum Kirchenregiment antwortete der Minister: Diese Grundbesitzer haben mit dem Kirchenregiment nicht das geringste zu tun. Sie sind für dieses völlig illegal und werden von der Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche nicht anerkannt; dem Staat interessieren sie als nichtamtliche kirchliche Organe überhaupt nicht.

Der Minister brachte abschließend zum Ausdruck, daß er unverzüglich auf eine endgültige Befreiung der kirchlichen Verhältnisse hoffe, die seine schönste Aufgabe sei. Er rechne dabei auf die Unterstützung aller Kreise des deutschen Volkes. In hohem Maße sei die Erreichung dieses Zieles von der Haltung der Pfarrerschaft abhängig. Es läge ihm fern, die Geistlichkeit in Danks und Vogen zu verurteilen. Er erkenne voll und ganz an, daß viele Pfarrer schon in der Kampfszeit Leib und Leben in die Schanze geschlagen und die nationalsozialistische Bewegung mit allen Mitteln unterstützt hätten. Er erkenne auch an, daß heute viele Pfarrer, insbesondere deutschkirchliche Pfarrer, mit absoluter Opinnahme zum nationalsozialistischen Staat ständen. Alle diese, schloß der Minister, könnten sich darauf verlassen, daß ihnen diese Treue nicht vergessen und der Staat sie niemals verlassen werde.

Spotten ihrer selbst...

Zwei Dinge sind es, nach denen man sehr wohl die Völker gruppieren kann, wenn es auch nur Begleitscheinungen des größeren Geschehens sind. Aber in ihnen prägt sich doch etwas ganz Charakteristisches aus. Da steht auf der einen Seite die ruhige Selbstsicherheit, die zwar auch sieht, welche schwierigen Fragen in der Welt einer Lösung harren, doch mit aus innerer Freiheit gewonnener unverfälschter Haltung einen als richtig erkannten Weg scharf und auf der anderen Seite herrscht eine ängstliche Unruhe, der Zweifel, ja die Angst. Auf der einen Seite Gelassenheit, Kraft, Stärke, Lebensbejahung; auf der anderen Schwanken, innerer Hader, Zerrissenheit, und die eigene Unsicherheit legt sich um in mangelndem Vertrauen zur weiteren Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Vor einer Woche erlebte Deutschland den Tag der nationalen Solidarität, der ein beglückendes Ergebnis hatte und im Werte einer Volkshimmelfahrt gleichkam. Mitten zwischen dem Völkern standen seine führenden Persönlichkeiten, von frohen Mienen nicht umringt.

An diesem Sonntag nun wählte ein Volk, dessen Gebiet zu den reichsten, geschlossenen Staatsflächen der Erde zählt. Rom Stille Ozean bis zum Schwarzen Meer und zur Ostsee wurde in Sowjetrußland ein Wahlkampf geführt, der alles übertraf, was man jemals in den Städten und Dörfern der weiten Steppen und des Ural und Kaukasus erlebte. Die Einwohner in der Ukraine, der Bezirke um Moskau und Leningrad wurden genau so bearbeitet, wie die Naturvölker auf den Tundren am Rande des nördlichen Ozeans und die mohammedanischen Nomaden unter der heißen Sonne Turkmenlands und Kirgislands. Nur daß nirgends die Männer, die gewählt werden sollten, es wagten, unter das Volk zu treten. Die Wahl ist die größte Komödie, die die Welt jemals gesehen hat. Ein Bluff, ein Schwindel, so grotesk, daß nur ein höllisches Gelächter zu antworten vermag.

Im Dezember 1936 wurde in Sowjetrußland die neue Verfassung veröffentlicht, von der ihre Urheber lebhaft verkündeten, sie sei „die einzige bis zur letzten Folgerung demokratische Verfassung der Welt“. Diesen unmenhlichen Dohn illustrierten die Massenverhaftungen und Hinrichtungen, die sich in den Monaten seit der Verkündung der Verfassung in ungeahnter Wildheit häuften und deren Sinn nur sein konnte, ohne Rücksicht auf Verdienste und Volkstümlichkeit jede Persönlichkeit zu beseitigen, die noch imstande gewesen wäre, einen eigenen Willen oder eigene Gedanken zu bekunden. Nachdem die Sowjetregierung auf diese Art den Massen eindringliche Lehren gegeben hat, was sie unter der „Demokratie“ der Sowjetverfassung versteht, dürfen oder vielmehr müssen die Beherrschten nunmehr ihre Wahlpflicht erfüllen. Aus den Urnen sollen die Mitglieder des „Obersten Rates der UdSSR“ hervorgehen, des zukünftigen neuen Sowjetparlamentes. Das Recht der Kandidatenaufstellung hatten nur die Kommunistische Partei und die von ihr bestimmten Organisationsstellen. Diese Grenzen wußten, was man von ihnen erwartete. Sie wagten gar nicht, irgend jemand anders aufzustellen, als ausschließlich die unbestrittenen Sowjetführer. 1008 Wahlkreise hatten sich zunächst damit, daß sie als ihren Kandidaten „Väterchen“ Stalin selber benannten. 481 Bezirke erhoben Stalins jüdischen Schwiegervater Aganowitsch auf den Schild. Wolsow erschien in den Vorschlägen 562, Woroschilow 884, Gichow 866, Kallinin 275mal. Das waren die stärksten Kandidaten, bei denen „Trojksimus“ nicht zu bestreiten war und man also auch der Begehrigung entging, mit einem „Verräter“ und Staatsfeindlichen „räudigen Hund“ zu sympathisieren. Bei Ulwinow-Binkelfein wußte man das nicht so genau. Ihm gegenüber war man daher zunächst zurückhaltend, bis er dann doch in den Wahllisten erschien und auf Wint von Moskau noch heraufgeholt wurde.

Nach der Verfassung kann jeder Kandidat nur in einem einzigen Wahlbezirk kandidieren. Die Sowjetführer bestimmten daher, welchen Kreisen sie ihren Namen leihen wollten. Dabei teilten sie die verschiedenen Gebiete unter sich nach Zweckmäßigkeitsgründen. Dann erst konnte die allgemeine Aufstellung der Kandidaten beginnen. 1145 Abgeordnete werden gebraucht für die beiden Kammern des Kom-

Eisenbahnkatastrophe in Schottland: 29 Tote

Explosion auf Personenzug aufgelaufen - 92 Verletzte

London, 11. Dezember.

In Galloway (Schottland, unweit Glasgow) ereignete sich am Freitag ein folgenschweres Eisenbahnunglück, bei dem ein Expreszug auf einen Personenzug aufstieß. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden bisher 29 Personen geboren. 92 Personen sind teilweise leicht, teilweise sehr schwer verletzt. Man rechnet damit, daß weitere Tote geborgen werden.

Der Unfallmoment der beiden Züge soll derartig kurzbar gewesen sein, daß die beiden ersten Wagen des Expreszugs förmlich zertrümmert wurden. Die Wagen schoben sich ineinander. Ein Teil des Zuges lief auf die Lokomotive auf, während der andere herausgedrückt wurde und zur Seite flog.

Die Verunglückten haben sich außerordentlich schmerzhaft gefühlt, zumal mitten in der Nacht die Trümmer noch zu brennen angingen und die Feuerwehre eingreifen mußte. Die Verletzten wurden während der ganzen Nacht fortgesetzt. Die Wunden durch ein Abfließen des Schmelzflusses

erleichtert. Ueber Nacht war außerdem Tauwetter eingetreten.

Die Londoner Presse weist darauf hin, daß dieses Unglück die schwerste Eisenbahnkatastrophe sei, die sich in England seit dem Kriege ereignet habe.

Stoffweber im Mannheimer Schlachthof

Mannheim, 11. Dezember.

In den frühen Abendstunden des Freitag brach im Schlachthof des Mannheimer Schlachthofes ein Brand aus, der sich rasch zum Großfeuer entwickelte. Die aus Holz bestehenden Holzerkanden und die mit Holz verklebten Luftschächte leiteten das Feuer in alle Stockwerke weiter. Im Laufe der Nacht wurden zur Eindämmung des Brandherdes 200 Feuerwehrmänner und 80 Mann einer Polizeibatterie eingesetzt. Bei einer Bekämpfung mit 20 Hochdruckkanonen das Feuer auf das Schlachthaus beschränkt werden.

Heute Beilage:

Die Frau und ihre Welt

Warum erst am Abend, was schon am Morgen? Warum erst am Morgen, was schon am Abend? Die Morgenausgabe der Dresdner Nachrichten bringt das, was bei einmaligen Erscheinen erst im Abendblatt stand. Die Abendausgabe der Dresdner Nachrichten bringt das, was bei einmaligen Erscheinen erst im Morgenblatt stand. Deshalb Dresdner Nachrichten täglich zweimal!